

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Neuparallelszeile
80 Pf., Reklameszeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfach 6020: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Abenteurerfahrt über den Ozean

Bedenkliches Spiel mit Flugboot Do X

Der Probeflug des neuen Riesenflugzeuges „Do X“ findet mit Recht Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Daß der geplante Transozeanflug aber mehr ein Abenteuer als eine ernste Unternehmung darstellt, darüber sendet uns der bekannte Flugfachmann Walter Binder die folgenden Betrachtungen, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen.

In diesen Wochen ist die Tagespresse aller Länder erfüllt mit ausführlichen Berichten über die ersten Küstenflüge unseres neuesten und größten Flugzeuges „Do X“. Zweifellos

Große internationale Kundgebung

Heute, Freitag, 19^{1/2} Uhr
in der Autohalle am Kaiserdamm

Rodner: **Fritz Adler**, Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale; **George Hicks**, Abgeordneter des englischen Unterhauses, Generalsekretär des britischen Bauarbeiter-Verbandes und Mitglied der Exekutive des britischen Gewerkschaftsbundes; **G. E. Modigliani**, Italiener, ehemaliger Deputierter; **Walter Schevenels**, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes; **Otto Wels**, Vorsitzender der SPD.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erscheint in Massen!
Bekundet Euern Willen zum Kampf gegen den Faschismus!
Der Bezirksvorstand.

stellen diese Versuchsfahrten eine wirkungsvolle Propaganda für deutschen Erfindergeist und deutsche Wertmannsarbeit dar. Auch wer weiß, daß dies Flugzeug noch weit entfernt ist von der idealen Lösung des transozeanischen Verkehrsmittels, wird sich dem imposanten Eindruck, den „Do X“ auf den Fachmann ebenso wie auf den Laien macht, nicht entziehen können.

Wie aber ist es zu erklären, daß man den Do X entgegen allen früheren Angaben und offenbar besseren Einsichten für einen Transozeanflug — noch dazu im November! — einsetzt?

„Der Do X ist kein Transozeanflugboot“

Das waren die eigenen Worte, mit denen Dr. Dornier sein Ereignis der Öffentlichkeit und der Fachwelt vorstellte. Auf den gleichen Ton waren alle Veröffentlichungen der Firma gestimmt. Man war — und ist! — sich durchaus der Problematik eines Flugbootes mit zwölf (!) Benzinmotoren bewußt, deren gewaltiger Brennstoffverbrauch auf größeren Reichweiten jede Rentabilität ausschließt —, ganz zu schweigen von den außerordentlich zahlreichen Störungsquellen, die sich aus den viele hundert Meter langen Kabeln und Zuleitungen für Öl, Wasser, Benzin usw. ergeben.

Die Firma Dornier hat daher mit Recht in der Vergangenheit stets betont, daß die normale Verkehrsreichweite des Bootes zwischen 1000 und 1500 Kilometer läge. Mit anderen Worten ausgedrückt: Der Do X ist als

ausgesprochenes Küsten- und Binnenmeer-Flugboot

anzusehen, das besonders etwa zwischen den stark besiedelten Küstenteilen des Mittelmeeres oder der Ostsee eine wertvolle Aufgabe erfüllen könnte. Freilich wird von allen Luftverkehrspraktikern einsehbarer stark bezweifelt, daß es irgendwo in der Welt in absehbarer Zeit eine ausreichende Verkehrsrequenz für die Zuladungstonnage des Do X geben werde. Aber dieser Einwand begegnete schließlich auch den ersten Eisenbahnen, und man muß abwarten, ob sich nicht auch diesmal das Wort bewährt, daß die Verkehrsmittel den verstärkten Verkehr erst nach sich ziehen.

Stärkste Bedenken und scharfen Widerspruch muß es jedoch wecken, wenn man sich heute — allen vernünftigen technischen Erwägungen zum Trotz —

aus vorläufiger Reklamesucht und Sensationshaschelei

mit dem Do X in ein Abenteuer begibt, das in unverantwortlicher (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Krisentagung der Landgemeinden

Ansprachen Brüning's und Severing's

Im Sitzungssaal des Reichstags fand heute der Landgemeindetag 1930 statt. Die Anwesenheit des Reichskanzlers Brüning, mehrerer Reichsminister sowie des preussischen Innenministers Severing und zahlreicher Staatssekretäre verlieh der Tagung einen hochpolitischen Charakter.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Lang-Welshöffer, verwies auf die schwere Belastung der Gemeinden, denen die schier undurchführbare Aufgabe überlassen bliebe, die Erwerbslosen über Wasser zu halten. Das Sanierungsprogramm der Reichsregierung denke leider nicht an die Gemeinden, die doch das Fundament des Staates bilden. Der Hege gegen die Beamten müsse energisch entgegengetreten werden. (Beifall.) Die Vorwürfe gegen die Beschwörungslust der Kommunen könnten auch gegen das Reich angemacht werden, denn die untere Finanzverwaltung des Reiches sei doch erheblich überlastet.

Reichskanzler Brüning

wies in seiner Begrüßungsrede auf die allgemeinen Finanz- und Wirtschaftsschwierigkeiten und ihre internationale Verflechtung hin. Die Regierung sei sich darüber im klaren, daß sie nicht auf einmal allen helfen könne. Sie wisse genau, daß der fürchterliche Sturz der Agrar- und Industrieerträge die Landgemeinden, die ohne steuerliche Reserven daständen, besonders hart treffe. (Sehr richtig!) Deutschland sei aber nicht das einzige Land, das die Wirtschaftsentwicklung falsch eingeschätzt habe und nunmehr zu drastischen Sparmaßnahmen greifen müsse; die Politik der Reichsregierung habe die stärkste Unterstützung auch der preussischen Regierung und aller Länderregierungen gefunden.

Die Lage sei erheblich ernster als Ende 1923.

Man könne diesmal nicht ein Wunder erwarten, wie es seinerzeit die Schaffung der Rentenmark darstellte. Was man zunächst tun könne, sei nur, eine Stabilisierung der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft herbeizuführen. Wer glaube, daß die Reparationen allein die Schuld für unsere Schwierigkeiten haben, verschleie die Augen vor der Wirklichkeit. Man müsse aber gestehen, daß wir

selbst zu der Uebersehung unserer Leistungsfähigkeit bei den Gläubigerländern durch unsere falsche Finanzpolitik beigetragen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Beamten dürften sich von den ihnen zugemuteten Opfern nicht ausschließen, da es doch anderen Bevölkerungsschichten noch weitaus schlechter ginge.

Dem Vorwurf des Vorsitzenden wegen der verspäteten Sparpolitik des Reiches müsse er entgegenhalten, daß das Reich bereits 1929 mit dem Einsparen begonnen habe, daß diese Sparpolitik jedoch noch nicht bis in die einzelnen Zellen der Kommunalpolitik durchgedrungen sei. (Zurufe.) Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß trotz des Ernstes der Situation kein Grund vorhanden sei, zu verzweifeln, sondern es handele sich darum, daß in dieser schweren Stunde alle zuzugreifen hätten. Dann sei auch die Zukunft der Landgemeinden gesichert. (Lebhafte Beifall.)

Sodann nahm, stürmisch begrüßt, der

preussische Innenminister Severing

das Wort. Severing erklärte unter allgemeiner Heiterkeit, daß er in der Diskussion zwischen dem Reichskanzler und den Landgemeinden als ein Landesminister dem unparteiischen Schiedsrichter abgeben wolle. Er glaube, man werde mit seinem Schiedspruch zufrieden sein, denn nach seiner Meinung sind wir alle Sünder gewesen. (Heiterkeit und Zurufe.) Die preussische Regierung und besonders der Innenminister als Kommunalaufsichtsmann haben die gleichen Sorgen wie die Reichsregierung. Und er gestehe, daß die täglich wachsenden Schwierigkeiten der kleinen Gemeinden diese Sorgen täglich vergrößerten.

Erörterungen über eine Reform der Selbstverwaltung seien in diesem Augenblick, wo die Regierung fast jeden Tag Staatskommissare einsetzt, nicht am Platze.

Aber man könne wohl Rationalisierungsmassnahmen in der Verwaltung, etwa durch Zusammenlegung von leistungsschwachen Landkreisen und Gemeinden, durchführen. (Zurufe.) Hier aber seien gerade die Vertreter der kleinen Landgemeinden die stärksten Befürworter, alles beim alten zu belassen.

Es komme heute nur darauf an, gemeinsam die Nöte des Winters zu meistern. Der schlimmste innere Feind, der keine Parteibezeichnung trüge, sei der Hunger. Er müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Ein anderer gefährlicher Feind sei der Pessimismus. Severing erklärte weiter, daß er der letzte sei, der die Dinge in Deutschland rot in rot malen, das heißt, der die Dinge schönfärbend zeichnen möchte. Bei allem Erkennen des großen Ernstes könne der Pessimismus, besonders auch von den Landgemeinden, die doch in ihrer Art auch Führer des Volkes seien, nicht energisch genug bekämpft werden. Wie der Ton von den Führern angegeben wird, so werde im Laude die Musik gemacht. Zu der Frage der Arbeitszeitkürzung erklärte Severing, daß sie im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchaus zu vertreten sei. Als Kommunalminister Preußens werde er sich gegen etwaige Pläne auf Rechtslosmachung der Beamten wenden. Die Beamten müßten aber begreifen, daß sie gegenüber dem Heere der Arbeitslosen in der heutigen Zeit doch erheblich günstiger daständen. Severing schloß mit einem Appell zu gemeinsamer Arbeit an der Ueberwindung der gegenwärtigen Notzeit. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn es mit Deutschland bei gemeinsamem Anpöden nicht wieder aufwärts ginge. (Stürmischer Beifall.)

Nach weiteren Begrüßungsansprachen nahm dann das Wort zu seinem Vortrage über den Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen der früheren Reichsfinanzminister

Abg. Dr. Hilferding:

Zwischen der Wirtschaftskrise, den Gemeindefinanzen und dem allgemeinen Sanierungsprogramm bestände engher Zusammenhänge. Die Krise der öffentlichen Finanzen sei ebenso international, wie die Wirtschaftskrise eine Weltkrise sei. Die öffentlichen Finanzen Englands, Italiens und selbst der Vereinigten Staaten seien ebenso wenig vom Defizit verschont geblieben wie die deutschen Finanzen.

(Der Redner spricht bei Schluß des Vortrages weiter.)

Aufgezwungener Brotpreis.

Ausschluß von Brotfabriken, weil sie „zu billig“ verkaufen.

Die Vereinigung der Berliner Brotfabriken geht jetzt gegen ihre Mitglieder, die sich ihrem Preisdiktat nicht fügen wollen, mit rigorosen Mitteln vor. Die Brotfabriken, die unter dem Kartellpreis verkaufen, werden aus der Vereinigung ausgeschlossen.

Gegen den Kartellpreis haben sich zunächst die Brotfabrik Eduard Goldacker Nachfolger und Köppen in Panow gewandt. Die Firma Eduard Goldacker Nachfolger verkauft seit längerer Zeit ihr 1250-Gramm-Brot mit 40 Pf. und hat auch nach der Preisfestsetzung auf 48 Pf. ihren alten Preis aufrechterhalten. Die Vereinigung Berliner Brotfabriken hatte bei den Verhandlungen im Reichsernährungsministerium mehrfach zu hören bekommen, daß der Brotpreis sicher herabgesetzt werden könnte. Es wurde dabei auf die billigen Preise der vorgenannten Firma Bezug genommen.

Die Vereinigung hat darauf in einer Vorstandsitzung die Firma Goldacker Nachfolger von der Vereinigung ausgeschlossen. Die Firma Köppen, die hauptsächlich Berliner Milchhandlungen beliefert, gibt ebenfalls das Brot für 41 Pf. ab, so daß die Berliner Milchhändler bei einem Verdienst von 5 Pf. pro Brot die Bäckereien, die 48 Pf. verlangen, unterbieten können.

Auch diese Firma sollte wegen der Nichterhaltung der Kartellpreise ausgeschlossen werden. Die Firma Köppen ist aber durch freiwilligen Austritt zuvorgekommen.

Die Vereinigung Berliner Brotfabriken war gegründet worden, um den Bäckereien bei den Verhandlungen die geschlossene Front der Brotfabriken entgegenstellen zu können. Dieser Vereinigung schlossen sich zunächst fast alle großen Fabriken an. Durch innere Streitigkeiten schied schon vor einiger Zeit eine Reihe Firmen aus, aber auch die in der Vereinigung bleibenden richteten sich nicht in allen Punkten nach ihren Beschlüssen.

